



**DOKUMENTATION
DES FACHTAGS**

BLEIBERECHT JETZT!

**Fachtag zur Aufenthaltssicherung
für Menschen mit Duldung**

Mittwoch, 01.06.2022 | 10 – 16 Uhr
Forum Gestaltung | Brandenburger Str. 10, 39104 Magdeburg



Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt e.V.

BLEIBERECHT JETZT!

Fachtag zur Aufenthaltssicherung für Menschen mit Duldung

Inhalt:

Programm	3
Einleitung	4
Workshops	5
Rechtsanwalt Thomas Stöckl: »Von der Regelung zur Anwendung«	5
Rechtsanwalt Thomas Breidenbach: »Aktuelle Rechtsprechung und Entwicklungen«	5
Impulsvortrag	5
Rechtsanwalt Matthias Lehnert: »Bleiberecht und Teilhabe statt Ausgrenzung und Angst? Zur Politik der Ampelkoalition im Umgang mit Geduldeten«	5
Podiumsdiskussion	7
Forderungen des Flüchtlingsrat und der am Fachtag Beteiligten	10



Programm

9:45 Uhr	Begrüßung Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.
10 – 12 Uhr	Workshops zu Bleiberecht und Aufenthaltssicherung Rechtsanwalt Thomas Stöckl Von der Regelung zur Anwendung (für Menschen mit Duldung und Unterstützer*innen) Rechtsanwalt Wolfgang Breidenbach Aktuelle Rechtsprechung und Entwicklungen (für Berater*innen)
12 – 13 Uhr	Mittagspause
13 – 13:30 Uhr	Impulsvortrag Rechtsanwalt Matthias Lehnert »Bleiberecht und Teilhabe statt Ausgrenzung und Angst? Zur Politik der Ampelkoalition im Umgang mit Geduldeten«
abgesagt	Impulsvortrag Christa Dieckmann, Vertreterin des Ministeriums für Inneres und Sport
abgesagt	Impulsvortrag Joanna Radwan-Pytlewski, Vertreterin des Ministeriums für Arbeit und Soziales
14 – 14:30 Uhr	Kaffeepause
14:30 – 16 Uhr	Podiumsdiskussion Abdounassir Konfe Person mit Duldung aus Bernburg, Teilnehmer bei Jobbrücke Plus Antonia Göschel Aktivistin aus Sachsen-Anhalt Heike Joachimsthaler Mitarbeiterin der Jobbrücke Plus Moderation: Rudaba Badakhshi
16 Uhr	Verabschiedung Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.



Fachtag Bleiberechtsperspektiven 2022

Seit 1994 setzt sich der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt für die Anerkennung der Rechte von Geflüchteten und die Verbesserung ihrer Lebenssituation ein. Gemeinsam streiten wir für Selbstbestimmung und Perspektiven aller Schutzsuchenden in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus.

Menschen mit Duldung sind besonders von Restriktion und Repression betroffen. Wir unterstützen sie deshalb in mehreren Projekten:

- ➔ *Right of Residence* unterstützt seit 2021 Geduldete in ihrem Kampf für Bleiberecht durch Selbstorganisation und Empowerment.
- ➔ Das Verbundprojekt *Jobbrücke PLUS* berät Geflüchtete bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit.
- ➔ Über unseren Sitz in der *Härtefallkommission Sachsen-Anhalt* erstreiten wir das Bleiberecht von Menschen, die auf anderem Weg keine Chance auf Aufenthalt haben.
- ➔ Die *Fachstelle Flucht und Asyl* dient als Informations- und Netzwerkstelle.

Um die besonderen Bedarfe und rechtlichen Herausforderungen von Menschen mit Duldung in den Fokus zu stellen, organisierte der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt im Juni 2022 einen gut besuchten Fachtag in Magdeburg. Ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Bundes-Koalitionsvertrages 2021-25 gingen wir der Frage nach, wie es um die Vorhaben zu neuen Bleiberechtsregeln steht. Vor welchen Herausforderungen stehen Menschen mit Duldung im alltäglichen Umgang mit den Behörden? Welche aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten gibt es, wie können diese genutzt werden und wo besteht politischer Handlungsbedarf? Welche Entwicklungen zeichnen sich ab? Was könnten diese für das Land Sachsen-Anhalt bedeuten?

Die vorliegende Dokumentation soll Teilnehmer*innen des Fachtags und weiteren Interessierten die wichtigsten Inhalte zusammenfassen.

Die Veranstaltung wurde vom interprise dolmetschkollektiv leipzig simultan-gedolmetscht.

Wir danken den Referent*innen, Dolmetscher*innen und Teilnehmer*innen herzlich für ihre Beiträge und das breite Interesse.



Workshops

Rechtsanwalt Thomas Stöckl: »Von der Regelung zur Anwendung«



Die Präsentationen des Workshops ist auf unserer Website verfügbar unter:
https://www.fluechtlingsrat-lsa.de/fachtag_2022/workshop/

Rechtsanwalt Thomas Breidenbach: »Aktuelle Rechtsprechung und Entwicklungen«



Die Präsentationen des Workshops ist auf unserer Website verfügbar unter:
https://www.fluechtlingsrat-lsa.de/fachtag_2022/workshop/

Impulsvortrag

Rechtsanwalt Matthias Lehnert: »Bleiberecht und Teilhabe statt Ausgrenzung und Angst? Zur Politik der Ampelkoalition im Umgang mit Geduldeten«

Status Quo:

- ➔ 242.000 Personen mit Duldung in Deutschland
- ➔ Gründe für Duldungen sind sehr heterogen
- ➔ Politische Narrative: »Pullfaktoren«, »Durchsetzung des Rechtsstaats«, »Kurzfristigkeit der Duldung« – aus migrationssoziologischer Perspektive nicht haltbar.

Vorhaben laut Koalitionsvertrag:

- ➔ Abschaffung der Arbeitsverbote
- ➔ Duldung Light (§60b AufenthG) soll abgeschafft werden
- ➔ Ausbildungsduhlung wird zur Aufenthaltserlaubnis
- ➔ Vereinfachung der Beschäftigungsduldung
- ➔ Identitätsklärung per Versicherung an Eides Statt
- ➔ Zeitliche Hürden für §25a AufenthG (»gut integrierte Jugendliche«) und §25b AufenthG (»Nachhaltige Integration«)
- ➔ Schaffung von Chancenaufenthaltsrecht: Personen, die seit 1.1.2022 seit mind. 5



Jahren in Deutschland sind, sollen die Chance bekommen, Arbeitsplatz oder Ausbildung zu suchen; sie erhalten ein Jahr lang die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern; so kann die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden

- ➔ Flankiert durch »Rückkehroffensive« (Frontex stärken, stärkere Zusammenarbeit mit Drittstaaten).

Stand der Umsetzung:

- ➔ Mittlerweile liegt ein Referent*innenentwurf vor Nancy Faeser wird ggf. demnächst nach Hessen zurückversetzt
- ➔ Gesetzesentwurf der LINKEN wurde präsentiert, aber nicht verabschiedet (symbolische Wirkung)
- ➔ Einige Bundesländer haben Vorgriffserlasse mit Blick auf die Pläne der Bundesregierung erlassen: Menschen, die ggf. von neuen Regelungen profitieren, sollen nicht abgeschoben werden (Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen).

Rechtspolitische Bewertung:

- ➔ Viele Schritte in die richtige Richtung: Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einige wichtige und richtige Vorhaben formuliert (Abschaffung von Arbeitsverboten ist existentiell, eidesstattliche Versicherung, Umwandlung von Ausbildungs- in Aufenthaltserlaubnis)
- ➔ Chancenaufenthaltsrecht ist keine langfristige Lösung (hilft sicherlich einigen Menschen, aber Kritikpunkte sind u.a., dass (a) Stichtagsregelung nicht für die Zukunft gilt (nach Januar 2022 eingereiste Personen profitieren davon nicht); (b) nur jene eine Chance erhalten, die im Wirtschaftsleben integriert sind; (c) Mitwirkungspflicht weiterhin gilt)
- ➔ Ehrenamtliche Unterstützer*innen, lokale Netzwerke relevanter Akteur*innen und insb. Beratungsstellen sollten den Gesetzgebungsprozess beobachten, Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus vorbereiten und v.a. den Prozess des Arbeitsmarktzugangs eng begleiten, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist.

Disclaimer:

Die eingeladenen Vertreter*innen des Ministeriums für Inneres und Sport und des Ministeriums für Arbeit und Soziales mussten beide kurzfristig absagen, sodass deren Inhalte nicht in der Dokumentation erfasst werden konnten.



Podiumsdiskussion

Abdounassir Konfe

Person mit Duldung aus Bernburg, Teilnehmer bei Jobbrücke Plus

Antonia Göschel

Aktivistin aus Sachsen-Anhalt

Heike Joachimsthaler

Mitarbeiterin der Jobbrücke Plus (durch die ESF-Richtlinie gefördert), unterstützt Personen, die wegen Mehrfachhürden am Arbeitsmarkt benachteiligt sind

Moderation: **Rudaba Badakhshi**

Abdounassir Konfe:

- »So eine Diskriminierung habe ich vorher noch nicht erlebt und leider sehen wir eine gesetzliche Diskriminierung, weil sie gegen alle internationalen Menschenrechtsgesetze verstößt. Sie suchen sich ihre Migranten aus. Der eine hat Glück, der andere Pech. Es herrscht ein großer Unterschied zwischen den Migranten und ihren Asylverfahren sowie der Bearbeitung der Ausländerbehörde. Sie vergessen eine große Sache dabei: Kein Mensch ist illegal! Wir sind alle gleich! Mensch ist Mensch!«
- »Betrachten Sie uns als Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, um uns besser zu verstehen und vor allem unseren Schmerz, unser Leid bei der Integration der deutschen Kultur und Gesellschaft. Wir sehnen uns nach Freiheit und Demokratie mit besseren Lebensbedingungen. Wir wollen unabhängig sein.«



- »Drei Jahre durfte ich arbeiten ohne einen Reisepass aus der Heimat. Sie haben mir alles genommen, denn die Arbeit hat mir Spaß gemacht, hat mich weiter bei meiner Integration gebracht und ich war nicht von Sozialleistungen abhängig. Ich habe alles versucht, was die Ausländerbehörde von mir verlangt hat: Ich habe mich mehrfach an die Botschaft gewandt, ich habe mehrfach Briefe in meine Heimat geschickt, Anwälte in der Heimat kontaktiert, um fehlende Dokumente zu erhalten für einen Reisepass. Meine Geburtsurkunde oder verschiedene andere Dokumente reichen der Ausländerbehörde nicht aus, um meine Identität zu klären.«
- »Wir leben nicht in Aschersleben, wir überleben!«
- »Ich habe das Gefühl, dass es in der Ausländerbehörde manchmal zugeht wie in einer Fabrik. Als ob die Mitarbeiter dort nur noch wie programmierte Maschinen arbeiten. Keiner sieht dich als Mensch. Keiner sieht die Geschichte hinter dir als Mensch. Ich denke schon, dass man den Fleiß, den Willen, die Bemühungen vieler nur geduldeter Menschen anerkennen kann. Das geht aber nur, wenn ich mich für die Geschichte hinter dem Menschen interessiere und wie ein Mensch handeln kann.«
- »Bleiberecht jetzt! Die Ampel-Koalition plant, eine neue Bleiberechtsmöglichkeit für Menschen wie mich einzuführen. Das wäre eine gute Möglichkeit, um unsere Situation zu verbessern, damit wir am Ende einen Aufenthaltstitel bekommen. Trotzdem mache ich mir noch Sorgen: es gibt eben viele Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde: Rassismus, Respektlosigkeit, unmögliche Kommunikation. Man erreicht niemanden per Telefon oder Mail – manchmal wartet man einen Monat auf eine Antwort. Wird es wirklich eine Antwort geben? Wird mein Antrag dort durchkommen? Ich habe auch viele tolle Menschen getroffen an verschiedenen Stellen, beim Sozialdienst, beim Flüchtlingsrat. Die Probleme liegen einfach bei der Ausländerbehörde. Ich wünsche mir, dass die Menschen sehen, was wir leisten und dies mehr anerkennen. Dafür setze ich mich auch als Flüchtlingsaktivist ein. Es geht um das Schicksal eines Lebens, ist für uns klar: Widerstand gegen Rassismus bei der Ausländerbehörde! Widerstand gegen Kapitalismus bei der Ausländerbehörde! Widerstand gegen Menschenaußbeutung bei der Ausländerbehörde! Gemeinsam werden wir uns dieser Herausforderung stellen.«

Antonia Göschel

- »In Sachsen-Anhalt ist der Anteil von Duldung Light überdurchschnittlich hoch: 40% aller erteilten Duldungspapiere sind eine Duldung Light. Und das, obwohl viele Menschen aus Ländern wie Indien oder aus Westafrika kommen, wo die Herkunftsländer nicht kooperieren, sodass eine Identitätsklärung gar nicht möglich ist. In vielen diese Fälle tun die Ausländerbehörden dann so, als ob die Menschen nicht kooperieren wollten.«



Ausländerbehörden:

- **Heike Joachimsthaler:** »Die Ausländerbehörden sind quasi gar nicht mehr zu erreichen. Gerade in den letzten zwei Jahren mit der Pandemie ist es für die Menschen, die mit der Behörde kommunizieren müssen, aber auch für uns Berater*innen, noch schwerer geworden, mit der Behörde kommunizieren zu müssen.«
- **Abdounassir Konfe:** »Sie sind einfach nicht erreichbar. Sie verlangen die Dokumentation von der Identitätsbeschaffung, aber antworten selbst gar nicht. Ich bin mit einem Mitarbeiter vom Flüchtlingsrat zur Ausländerbehörde gefahren – erst danach hat die Behörde den Prozess der Identitätsklärung wieder begonnen. Die Leute in der Behörde sprechen nur Deutsch. Ich spreche gut Deutsch, aber viele Menschen können kein Deutsch. Was ist mit ihnen?«
- **Antonia Göschel:** »Die Behörden halten sich nicht an Termine. Es gab große Demos von Betroffenen vor den Ausländerbehörden in Halle, Bernburg, Merseburg, Wittenberg, Magdeburg, wo die Menschen ihnen klarmachen wollten, dass sie ihren Job endlich besser machen müssen.«

Perspektiven:

- **Rudaba Badakhshi:** »§25b ist eigentlich eine Soll-Regelung. 30.000 Personen sollten laut Gesetzgeber davon profitieren. Seit 2015 haben aber bis 2019 tatsächlich nur 5.170 Personen den Paragraphen erhalten.«
- **Heike Joachimsthaler:** »Die Bedingungen für den §25 sind sehr kompliziert und schwierig zu erfüllen. Von den über 1.000 Teilnehmer*innen in der Beratung der Jobbrücke Plus hat zum Beispiel nur eine einzige Person die Voraussetzung des §25.5 erfüllt. Wir brauchen Willkommensbehörden, nicht Abschiebebehörden!«
- **Antonia Göschel:** »Die wichtigen Kämpfe werden von Migrant*innen schon seit Jahrzehnten geführt. Jetzt müssen die Mitarbeiter*innen der Ministerien mal damit anfangen, den Menschen und Organisationen zuzuhören. Der Salzlandkreis hat die Willkommensbehörde im Slogan. Aber was ist da tatsächlich dran? Wir können nicht mehr auf die Kooperationsbereitschaft und den »guten Willen« der Ausländerbehörden hoffen und warten, sondern müssen alle Möglichkeiten nutzen, um Rechte durchzusetzen!«
- **Abdounassir Konfe:** »Die Behörden müssen endlich aufhören, Gutscheine auszugeben und Menschen in dezentralem Wohnen unterbringen!«



FORDERUNGEN DES FLÜCHTLINGSRAT UND DER AM FACHTAG BETEILIGTEN:

-  **Der Duldungsstatus, vor allem Duldung Light, muss abgeschafft werden!**
-  **Weg mit Gutscheinen, Arbeitsverboten, segregierte Bildungsangebote, Residenzpflicht, zentralen Großunterkünften und strukturellem Rassismus!**
-  **Her mit fairen Leistungssystemen, Bewegungsfreiheit, Bildung für alle, dezentralem Wohnen, Entschädigung für Opfer rassistischer Gewalt!**
-  **Es braucht endlich institutionelle Förderung von Beratungsstrukturen und Selbstorganisationen!**

BLEIBERECHT JETZT!



Kontakt:

Projekt »Fachstelle Flucht und Asyl«

Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg

Tel. 0391-50 54 96 13
mail: fachstelle@fluechtlingsrat-lsa.de

Projekt »Right of Residence«

Landsberger Str. 1
06112 Halle (Saale)

Tel. 0345-44 50 25 21
mail: ror@fluechtlingsrat-lsa.de

Projekt »Jobbrücke Plus«

Schönebecker Str. 82-84
39104 Magdeburg

Tel. 0159 06 72 51 50
mail: jobbruecke@fluechtlingsrat-lsa.de

Die Veranstaltung wird durchgeführt im Rahmen der Projekte »Fachstelle Flucht und Asyl«, »Jobbrücke PLUS« und »Right of Residence«.

Das Projekt »**Fachstelle Flucht und Asyl**« wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt, die UNO Flüchtlingshilfe und PRO ASYL.



#moderndenken



PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Heidehof
Stiftung

Das Projekt »**Right of Residence – Teilhabe durch Netzwerkbildung, Qualifizierung und Informationen zu Bleiberechten**« wird gefördert durch:

Aktion
MENSCH



Heidehof
Stiftung

Das Projekt »**Jobbrücke PLUS – Integration von Asylbewerber*innen und Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung in* für Sachsen-Anhalt**« wird im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund im Handlungsschwerpunkt »Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF)« durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



EUROPÄISCHE UNION

Zusammen.
Zukunft.
Gestalten.

Das vom Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt durchgeführte Teilprojekt wird von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert:



SOLIDARITÄT KOSTET GELD!

Solidarität ist das Herzstück unserer Arbeit. Der Flüchtlingsrat ist für diese Arbeit – derzeit mehr denn je – auf Spenden angewiesen. Deshalb freuen wir uns über jede finanzielle Unterstützung. Spenden Sie einmalig oder unterstützen Sie uns mit einer regelmäßigen Spende bei unserer Arbeit zur Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Menschen. Oder werden Sie (Förder-)Mitglied unter <https://www.fluechtlingsrat-lsa.de/mitmachen/mitglied-werden/>.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit zur Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Menschen mit einer Spende!

Spendenkonto:

Kontoinhaber*in: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.
IBAN: DE41 4306 0967 1210 6435 00
BIC: GENODEM1GLS

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Anschrift anzugeben, um eine Spendenquittung zu erhalten.



Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt e.V.

Herausgeber*in

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für die Anerkennung der Rechte von geflüchteten Menschen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation ein.

Seit 1994 bearbeiten wir landesweit die sozialen und rechtlichen Probleme der geflüchteten Menschen und treten Rassismus und Diskriminierung entgegen.

Diese Publikation zum Download

www.fluechtlingsrat-lsa.de/doku-fachgespraech-aufenthalts-sicherung-2022